

Wochenbericht

19. Jahrgang

Berlin, den 4. April 1952

Nummer 14

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Das neue britische Budget, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und internationale Konjunktur

Das am 11. März vom britischen Schatzkanzler vorgelegte britische Budget und die von ihm veranlaßte, am gleichen Tage wirksam gewordene Erhöhung des Diskontsatzes der Bank von England von $2\frac{1}{2}\%$ auf 4% stellen zweifellos eine der bedeutsamsten Wendungen in der Konjunkturpolitik innerhalb der westlichen Weltwirtschaft seit Kriegsende und vor allem — nach der ersten Diskonterhöhung in Großbritannien im November 1951 — eine erneute Bekräftigung der klaren Abwendung von der prinzipiellen easy-money-Politik dar, die im angelsächsischen Raum seit 1931/32 dominierte. Der entscheidende Charakterzug des neuen Budgets ist aber das Bestreben, überall die „incentives to produce“ durch entsprechende steuerpolitische Maßnahmen zu steigern, um durch Produktivitätssteigerung die britische Krisensituation von der Wurzel her anzufassen. Diese Therapie kann jedoch, soweit sie überhaupt den Kern der Schwierigkeiten trifft, nur sehr langsam wirken. Das Schwerkraft der getroffenen Maßnahmen liegt daher bei allen den Eingriffen, die eine sofortige oder sehr bald zu erzielende Behebung des Defizits der laufenden britischen Zahlungsbilanz anstreben, also vor allem den scharfen Importdrosselungen, den Bemühungen, die inneren Investitionen zu dämpfen, um sofort Investitionsgüter für den offenbar für diese Waren noch immer aufnahmefähigen Exportmarkt frei zu machen, und nur in diesem Zusammenhang auch auf der Diskonterhöhung. Mit ihr soll die Dämpfung der inneren Investitionen etwas intensiviert werden, vor allem aber — nach altem und erprobtem Rezept — das internationale Zinsgefälle für fluktuierendes Geldkapital zugunsten Großbritanniens verändert und die Bewegung der kurzfristigen Kapitalien auch durch eine Demonstration der Entschlossenheit der britischen Wirtschaftsführung beeinflußt werden, was inzwischen in der Tat

auch schon zu einem gewissen Erfolg geführt hat. Über diesen unmittelbaren Zweck der Milderung der aktuellen Zahlungsbilanzklemme hinaus ist jedoch der Sinn der Diskonterhöhung im System der britischen Wirtschaftspolitik undurchsichtig und unklar. Offenbar stellt sie keineswegs eine prinzipielle Wendung zu restriktiverer Geldpolitik dar. Dies ergibt sich aus der eindeutigen Erklärung des Schatzkanzlers, daß das Zinsinstrument elastisch gehandhabt werden soll, aber noch mehr aus der Gesamtkonzeption der britischen Krisentherapie, wie sie aus dem System der ergriffenen Maßnahmen abzulesen und auch aus den Äußerungen des Schatzkanzlers unmittelbar zu entnehmen ist.

Vorsichtige Abwägung der konjunkturellen Situation

Der Konzeption des neuen Budgets ist eine sehr vorsichtige Analyse der speziellen konjunkturellen Situation Großbritanniens und der westlichen Weltwirtschaft im ganzen vorhergegangen, und zwar offenbar in Verbindung mit der besten personellen und institutionellen Konjunkturforschung, die im Lande vorhanden ist. Das Resultat dieser internen Analyse ist dem Parlament und der Öffentlichkeit zwar nicht vorgelegt worden; aber diese Analyse schimmert durch den Aufbau des Finanzplanes für das Jahr 1952/53 so klar hindurch, daß über ihre Grundzüge kaum ein Zweifel bestehen kann, und ihre Grundrichtung ist vom Schatzkanzler in der Budget-Debatte wenigstens angedeutet worden. Die Berater haben offenbar zu großer Vorsicht gemahnt, und im besonderen geraten, nicht zu scharf in restriktiver Richtung vorzugehen und die Krise als das aufzufassen und zu bekämpfen, was sie ist: Eine der britischen Wirtschaft viel weniger durch den Verlauf der innerbritischen als viel mehr im wesentlichen der internationalen Konjunktur aufge-

zwungene akute Zahlungsbilanzklemme. Das neue Budget erscheint daher — noch mehr als manches der vorhergehenden — als ein Musterbeispiel der Zusammenarbeit der Konjunkturforschung mit der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Der Schatzkanzler hat diesmal — anders als sein Vorgänger — dem Parlament nicht die Einzelheiten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Großbritannien unterbreitet, auf Grund deren die quantitativen Proportionen der in Aussicht genommenen Finanzmaßnahmen abgegriffen worden sind. Man hat dies als angenehmes Abweichen von dem Verfahren in den letzten Jahren begrüßt. In der Tat sind diese Details nicht ohne weiteres für jedermann verständlich. Aber in der Sache scheint das Verfahren der Basierung der Wirtschaftspolitik auf die Gesamtrechnung eher noch gemildert worden zu sein. Die sorgfältigen Darlegungen des Schatzkanzlers über das, was er auf den einzelnen Gebieten der Volkswirtschaft an quantitativen Entwicklungen erwartet und über den Einbau der geplanten Finanzmaßnahmen in diese Entwicklung beweisen das.

Aber noch wichtiger erscheint — und darin liegt vielleicht der Zug größerer Realität dieses Budgets gegenüber vorhergehenden —, daß diese Analyse der britischen Entwicklungen auf Grund der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung äußerst sorgfältig mit einer Diagnose der weltwirtschaftlichen Konjunktur verbunden worden ist. Gegenüber Kritiken, die beim neuen Budget angesichts der schwierigen Lage Großbritanniens die angeblich nötige Härte vermissen, antwortete der Schatzkanzler in der Budget-Debatte, daß er seine Entschlüsse gefaßt habe, nachdem er vollen Gebrauch von der ganzen Maschinerie der Wirtschaftsprognose (economic forecasting) gemacht habe, wie sie nur je einem Schatzkanzler zur Verfügung gestanden habe. Nachdem er die sehr detaillierten wirtschaftlichen Daten, die man ihm vorgelegt habe, überlegt habe, sei er der Meinung, daß der Rat, den er erhalten habe, der Kritik der Presse und sonstiger Kritiker im Lande eher um einiges voraus sei. Man habe ihn darauf hingewiesen, daß viel mehr Gefahren einer Deflation, möglicher Arbeitslosigkeit und sonstiger Schwierigkeiten in der Weltwirtschaft im ganzen bestünden, als einigen der sehr eifrigen Kritiker außerhalb des Parlaments bewußt sei. Auf diesem Hintergrund habe er wohlüberlegt seine verantwortungsvollen und ersten Entscheidungen getroffen, und er könne daher aufrecht hoffen, daß die wirtschaftlichen Entwicklungen und Fakten sie als richtig erweisen werden¹⁾.

Kein „Deflations-Budget“

Diese kritische Lage der Weltwirtschaftskonjunktur im ganzen und die offensichtliche Tat-

¹⁾ Aus dem Bericht über die Budget-Debatte in der „Times“ vom 18. März 1952.

sache, daß die augenblickliche Zuspitzung der britischen Zahlungsbilanzsituation nicht ihre entscheidenden Ursachen darin haben kann, daß Großbritannien „über seine Verhältnisse lebt“, sondern in dem augenblicklichen Spannungszustand zwischen der seit einem Jahr abgeflauten amerikanischen Konjunktur und der noch weiter gelaufenen Hochkonjunktur in wichtigen Teilen der übrigen Welt (so vor allem im Sterling-Raum und in Frankreich), und daß diese Spannung durch eine scharfe restriktive Reaktion der akut betroffenen Länder leicht in eine allgemeine weltwirtschaftliche Abwärtsbewegung umschlagen kann, aber ohne solche Pferdekur aus sich heraus bald überwunden sein müßte, — all dies hat den britischen Schatzkanzler offensichtlich bestimmt, zur Überraschung der Öffentlichkeit kein verschärftes, sondern gegenüber dem vorjährigen eher noch gemildertes Anti-Inflations-Budget vorzulegen. Die alte und rohe therapeutische Regel, von der man vielfach annahm, daß sie nun wieder zur Anwendung gelange, verlangt bei schwerem Defizit in der Zahlungsbilanz eine Drosselung der inneren Konjunktur (früher über den Goldmechanismus automatisch eintretend, jetzt von der Kreditpolitik bewußt zu erzielen!), um durch dann automatisch sich einstellende Importverminderung den Zahlungsbilanzausgleich herzustellen. Das vorliegende Budget dagegen hat die innere Konjunktur sorgfältig geschützt. Der Budgetüberschuß, den der Schatzkanzler im beginnenden Etatjahr (April bis März) erzielen will, ist niedriger als er nach dem Stand der Staatsfinanzen in den letzten Monaten bei unveränderten Steuersätzen zu erwarten gewesen wäre. Die teilweise Streichung der Lebensmittelsubsidien ist durch Steuervergünstigungen, die den unteren Einkommensschichten zugute kommen, in seiner Wirkung auf den realen Verbrauch, dem eine weitere Beschränkung nicht mehr zugemutet werden soll, praktisch ausgeglichen. Diese kommen auch der Konsumgüterindustrie zugute, deren Lage ohnedies schon schwierig ist und bei der ein Ausweichen auf den Export zur Zeit nicht möglich erscheint; besonders die britische Textilindustrie wird bereits von der durch die verschiedenen Importdrosselungen in Übersee ausgelösten Absatzschrumpfen schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Die vor und mit dem Budget ergriffenen Sanierungsmaßnahmen — direkte Importdrosselung, Umlenkung von Investitionsgüterproduktion vom Inlandsmarkt auf den Exportmarkt, eine gewisse, primär administrative und durch Beratung zu bewirkende Drosselung der privaten Investitionen, Aufrechterhaltung des inneren realen Verbrauchs, Leistung der für den Export und die Rüstung zu übernehmenden Zusatzleistungen aus dem Produktivitäts- und normalen Produktionszuwachs — laufen also auf sofortige Milderung der Zahlungsbilanzklemme bei größter Schonung der Binnenkonjunktur und bei auf das Nötigste bemessene Kürzungen der britischen

Zahlungen an das Ausland hinaus, um die britische und internationale Konjunktur möglichst nicht in einen Deflationszirkel hineinzutreiben.

So klar alle übrigen Bestandteile dieses Sanierungsprogramms konzipiert scheinen, so problematisch ist allerdings, ob die negativen Wirkungen der Importkürzungen Großbritanniens und des Sterling-Raumes überhaupt gering genug bleiben, um eine solche Gefahr auszuschließen. Letzten Endes kommt es darauf an, daß dieses Sanierungsprogramm mit der amerikanischen Konjunktur und Konjunkturpolitik richtig abgestimmt ist und bleibt¹⁾. Daß man in der britischen Wirtschaftspolitik sich dessen bewußt ist, darf wohl als selbstverständlich angenommen werden.

Internationale Konjunktur in der Schwebel

Die in den letzten Wochen eingelaufenen Meldungen über den jüngsten Verlauf der internationalen Konjunktur lassen diese große Vorsicht als überaus berechtigt erscheinen. Abschwächungssymptome, die zum Teil schon krisenhaften Charakter tragen, mehren sich. Die Welle der Importbeschränkungen geht reihum weiter. Vor allem aber werden Länder in den verschiedensten Teilen der Welt, die sehr weltmarktempfindlich sind, nun schon stärker von depressiven Entwicklungen heimgesucht. Es ist kein Wunder, daß Japan jetzt schon am schwersten getroffen zu sein scheint; aber auch von Schweden werden bedrohliche Exportrückgänge gemeldet. Besonders kritisch ist, daß in den Vereinigten Staaten die Abschwächungstendenzen sich zunächst noch weiter

¹⁾ Vgl. dazu die letzte Monats-Konjunkturdiagnose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Wochenbericht vom 21. März 1952.

zu intensivieren scheinen. Es scheint, daß dort nun auch die private Investitionstätigkeit sich stärker zurückzuhalten beginnt. Bei einem Umbruch der allgemeinen Investitionstätigkeit, der nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt bleiben könnte, würde jedoch dem Sanierungsprogramm der Länder, die sich in akuter Zahlungsbilanznot befinden, eine wichtige Stütze entzogen: die Aussicht, durch Umstellungen vom Binnenmarkt auf den Export mehr Investitionsgüter exportieren zu können, womit man bis jetzt rechnet, da die Nachfrage des Auslandes speziell nach Investitionsgütern immer noch recht hoch war und bis zuletzt nicht ganz hatte befriedigt werden können.

Aber wie sehr die Dinge auf des Messers Schneide stehen, zeigt nichts deutlicher, als die gleichzeitig einlaufenden Meldungen, daß die Lager in der amerikanischen Konsumgüterwirtschaft nun so weit geräumt seien, daß es im schlimmsten Falle nur noch eine Frage von wenigen Wochen sein könne, bis der Umschwung des sogenannten „Lagerzyklus“ in der Konsumgüterindustrie, der bisher im wesentlichen durch politische Momente noch verzögert worden war, sich durchsetzen müsse.

In einer solchen konjunkturellen Situation ist es eigentlich selbstverständlich, daß eine verantwortliche Wirtschaftspolitik Art und Ausmaß nötiger Sofortmaßnahmen mit Hilfe der Konjunkturdiagnostik sorgfältig abwägt, um nicht durch zu große Schärfe oder zu große Milde den Anschluß an einen solchen Wendepunkt der internationalen Konjunktur zu verlieren und damit diese Wende selbst in Frage zu stellen.

Die Westberliner Bautätigkeit

Das Bauvolumen 1951

Das Bauvolumen Westberlins belief sich 1951 auf 605 Mill. DM¹⁾. An seiner Erzeugung waren das Bauhauptgewerbe mit 340 Mill. DM und das Ausbaugewerbe mit 215 Mill. DM beteiligt, weitere 50 Mill. DM entfielen auf private und öffentliche Regiearbeiten.

In diesem Bauvolumen sind Enttrümmerungsarbeiten, Reparaturen und Ersatzinvestitionen einschließlich Enttrümmerung in Höhe von rd. 285 Mill. DM enthalten. Den Restbetrag von rd. 320 Mill. DM stellt die bauliche Nettoinvestition dar.

Die Zusammensetzung des Bauvolumens nach Baubereichen hat sich im Verhältnis zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Lediglich der gewerbliche und industrielle Bau konnte sein Gewicht verstärken. Dagegen ging die Enttrümmerung infolge der veränderten Struktur des Notstandsprogramms — stärkere Förderung von Investitionen — absolut und anteilig zurück.

¹⁾ Damit hat sich die Vorschätzung des DIW von Mitte Mai 1951 bestätigt. Vgl. Wochenbericht 18. Jg., Nr. 20 vom 18. Mai 1951.

Zur Finanzierung sind im Vergleich zum Vorjahr in verstärktem Umfang öffentliche Mittel insbesondere über das Notstandsprogramm herangezogen worden. Nur deren Steigerung hat die nominelle Zunahme des Bauvolumens ermöglicht, da die verfügbaren privaten Mittel (einschließlich der Baunotabgabe) absolut gesehen, konstant geblieben sind und im Verhältnis zum gesamten Bauvolumen sogar abgenommen haben. Diese starke Abhängigkeit der Westberliner Bautätigkeit von der öffentlichen Finanzierung besteht nicht nur im eigentlichen Bereich der öffentlichen Bautätigkeit, sondern auch im Wohnungsbau und im gewerblichen und industriellen Bau, da bei zahlreichen Bauobjekten erst der Einsatz öffentlicher Mittel die Mobilisierung privaten Eigenkapitals ermöglicht.

Trotz der nominalen Steigerung des Bauvolumens gegenüber dem Vorjahr um 6 vH ging — infolge der eingetretenen Preissteigerungen um etwa 15 vH — das reale Volumen um 8 vH zurück. An diesem Rückgang war die Enttrümmerung mit 29 vH und die reguläre Bautätigkeit mit knapp 5 vH beteiligt.

Das Bauvolumen ¹⁾ Westberlins
Schätzung in Mill. DM

	1950	1951
Wohnungsbau	185	188
Rohbau	98	101
davon Bauhauptgewerbe ²⁾	88	93
Regiearbeiten ³⁾	10	8
Ausbau ⁴⁾	87	87
Gewerblicher und Industrieller Bau	160	184
Rohbau	90	106
davon Bauhauptgewerbe ²⁾	77	92
Regiearbeiten ³⁾	13	14
Ausbau ⁴⁾	70	78
Verkehrsbau	66	73
Rohbau	61	64
davon Bauhauptgewerbe ²⁾	53	55
Regiearbeiten ³⁾	8	9
Ausbau ⁴⁾	5	9
Öffentlicher Bau	83	97
Rohbau	43	56
davon Bauhauptgewerbe ²⁾	33	46
Regiearbeiten ³⁾	10	10
Ausbau ⁴⁾	40	41
Enttrümmerung	76	63
davon Bauhauptgewerbe ²⁾	67	54
Regiearbeiten ³⁾	9	9
Gesamtes Bauvolumen	570	605
Rohbau	368	390
davon Bauhauptgewerbe ²⁾	318	340
Regiearbeiten ³⁾	50	50
Ausbau ⁴⁾	202	215
Finanzierung		
Gesamter Bauaufwand	570	605
GARIOA-Notstandsmittel ⁵⁾	119	174
GARIOA- und ERP-Investitionsmittel	72	50
Wohnungsbaumittel (Bund)	20	18
Haushaltsmittel (Berlin)	123	128
Baunotabgabe	60	60
Sonstige Private Mittel ⁶⁾	176	175

¹⁾ Bruttoinvestitionen und Reparaturen zu laufenden Preisen. — ²⁾ Umsätze des Bauhauptgewerbes in Westberlin nach der Bauwirtschaftsberichterstattung. — ³⁾ Bezüge von Baustoffen und Hilfsleistungen, die nicht über die Rechnung der Bauunternehmer laufen, bzw. nicht von ihnen gemeldet werden; Relation des Bundesgebietes für Berlin übernommen. — ⁴⁾ Umsätze des Baunebengewerbes einschließlich der Installation; auf Grund der Umsatzstatistik errechnet. — ⁵⁾ Einschl. Haushaltsmittel und Mittel der Werteschaffenden Arbeitslosen-Fürsorge, die im Notstandsprogramm verausgabt wurden. — ⁶⁾ Sonstige Fremd- und Eigenfinanzierung; als Restposten ermittelt.

Rückwirkung auf die Beschäftigung

Der Rückgang des realen Bauvolumens führte zu Entlassungen. Während im Durchschnitt des Jahres 1950 vom Bauhauptgewerbe und Baunebengewerbe ¹⁾ rd. 70 000 Arbeitnehmer (darunter 35 000 im Notstandsprogramm) beschäftigt wurden, belief sich deren Zahl 1951 auf 63 000 (darunter 34 000 im Notstandsprogramm Beschäftigte).

Insgesamt betrug der Rückgang der Beschäftigten von 1950 auf 1951 10 vH. Die im Vergleich zur Entwicklung des realen Bauvolumens um zwei Punkte stärkere Abnahme erklärt sich aus dem Rückgang der lohnintensiven Enttrümmerung sowie aus dem steigenden Baustoffanteil innerhalb der regulären Bautätigkeit.

¹⁾ Ohne Installation.

Der bereits von 1949 an festzustellende Rückgang des Anteils der Lohnkosten zugunsten des Anteils der Baustoffkosten, hielt 1951 erwartungsgemäß weiter an.

Verstärkend in der Richtung auf sinkende Beschäftigung je aufgewendete Finanzierungseinheit wirkten die gestiegenen Lohnsätze, deren erneute Erhöhung kürzlich erfolgte.

Kalkulation für das Berliner Baugewerbe ¹⁾
Schätzung

	1950	1951
in Mill. DM		
Lohnkosten	242	230
davon		
Löhne insgesamt	203	189
davon für		
regulär Beschäftigte	117	98
Notstandsarbeiter	50	44
Stammpersonal der Notstandsarbeiten	36	47
Gehälter	17	18
Sozialversicherungs-Beiträge der Unternehmer	22	23
Baustoffkosten	172	212
Gemeinkosten ²⁾	106	113
Bauaufwand ¹⁾	520	555
in vH		
Lohnkosten	47	42
Baustoffkosten	33	38
Gemeinkosten ²⁾	20	20
Bauaufwand ¹⁾	100	100
Baustoffanteil in vH des Bauaufwands ohne Enttrümmerung	38	42

¹⁾ Ohne öffentliche und private Regiearbeiten. — ²⁾ Einschl. Gewinn, Wagnis und indirekter Steuern; dagegen Sozialversicherungsbeiträge unter Lohnkosten.

Ausblick

Mit dem 1951 erzielten Beschäftigungsergebnis hat sich die dem Longtermplan u. a. zugrundeliegende Annahme, daß in der Bauwirtschaft der Beschäftigungsstand von 1950 künftig gehalten werden könne, nicht erfüllt.

Um 1952 das dem Longtermplan vorschwebende Ziel zu erreichen, wäre für dieses Jahr — wenn man einen weiteren Rückgang der Enttrümmerung auf ungefähr die Hälfte und ein um 5 vH gestiegenes Preisniveau veranschlagt — ein Bauvolumen von etwa 750 Mill. DM notwendig. Bei der im Gang befindlichen Verstärkung des Wohnungsbaus liegt ein derartiges Bauvolumen im Bereich des Möglichen, sofern auch in den übrigen Baubereichen eine gewisse Belebung Platz greift.

Voraussetzung für die Durchführung des ange-deuteten Programms und damit der Verwirklichung des bauwirtschaftlichen Ziels des Long-termplans ist allerdings die Überwindung einiger noch vorhandener Haushaltsschwierigkeiten bei der Finanzierung des öffentlichen Wohnungsbaus, sowie die Vermeidung abrupter Kürzungen der Notstandsmittel.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1950	1951										1952	
			Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Anzahl der Werktage:			24	26	24	25	25	23,5	26	26	27	25	27	24,5	24
Bank deutscher Länder															
Guthaben in ausl. Währung ¹⁾ . . .	DBR	Mill. DM	E	1046,8	936,2	932,0	1087,7	1278,4	1539,1	1614,0	1925,7	2235,9	2266,7	2108,8	1810,6
Forderungen aus der Abwicklung des Auslandsgeschäfts . . .	"	"	"	43,0	40,8	31,5	18,5	15,6	13,6	23,1	14,7	16,7	40,1	20,7	39,3
Inlandswechsel und Schecks . . .	"	"	"	3652,4	3514,5	3815,4	3782,6	3369,5	3125,3	3257,3	3044,7	2908,5	3296,3	3311,1	3510,8
Lombardforderungen . . .	"	"	"	1097,6	1153,6	1104,3	1010,8	1211,0	870,4	799,9	783,0	741,9	745,0	774,4	1026,8
Forderung geg. d. öff. Hand . . .	"	"	"	5967,5	6012,6	6016,6	5928,3	5985,1	5829,5	5644,1	5853,3	5792,8	5775,9	5603,5	5368,7
Einlagen, insgesamt . . .	"	"	"	2554,2	2657,1	2977,0	2610,2	2548,1	2828,6	2659,6	2793,0	2782,8	2731,3	2470,6	2565,6
Zahlungsmittelumlauf ²⁾ . . .	"	"	"	8414	7975	7991	8058	8260	8215	8570	8797	9141	9498	9442	9658
Geldvolumen															
Insgesamt ³⁾ . . .	DBR	Mill. DM	S	25479	25115	25728	25304	25467	26276	27303	27730	28598	28912	28635	29521
dar. Bankeinlagen ⁴⁾ . . .	"	"	"	17797	17906	18506	18012	18016	18881	19522	19784	20267	20256	20073	20743
dar. Sichteinlagen . . .	"	"	"	10566	10167	10384	10249	10066	10371	10681	10636	11134	11026	11474	12121
Nichtausgewies. öff. Giroguthab. . .	"	"	"	220	169	171	309	244	360	388	267	301	324	565	761
Geschäftsbanken															
Einlagen (einschl. v. Kreditinst.) . .	DBR	Mill. DM	E	18432	18519	18904	18713	19033	19330	19924	20415	21122	21100	22254	22576
Kurzfristige Forderungen . . .	"	"	"	13140	13485	13516	13907	13267	13357	13592	13908	14192	14380	14974	15381
Reservesatz (Verhältnis d. Bar- reserven zu den Sichteinlag.) . .	"	vH	"	21,0	16,6	20,7	20,1	19,2	20,4	20,4	21,0	20,0	20,4	20,1	20,1
Finanzen															
Kassenmäss. Einnahm. a. Steuern, Zölle und Abgaben, insgesamt ⁵⁾ .	DBR	Mill. DM	S	1794,8	1556,7	1230,6	1824,1	1315,0	1285,5	1940,5	1522,1	1490,5	2376,8	1890,8	1746,2
Besitz- und Verkehrsteuern ⁶⁾ . . .	"	"	"	1396,4	1073,9	829,6	1404,4	922,5	879,9	1524,7	1069,7	1053,3	1942,8	1344,3	1299,6
Lohnsteuer . . .	"	"	"	166,8	223,3	170,6	157,8	173,0	195,7	210,6	232,5	237,9	257,1	269,7	271,1
Veranl. Einkommensteuer . . .	"	"	"	344,5	89,1	47,5	342,2	71,4	44,7	345,9	79,1	52,9	422,3	128,1	98,3
Umsatzsteuer . . .	"	"	"	422,6	545,5	436,0	421,2	509,8	445,7	443,7	568,1	554,1	605,3	703,3	698,3
Körperschaftsteuer . . .	"	"	"	329,5	64,5	27,9	343,8	56,8	34,3	359,7	44,7	59,1	488,3	93,5	65,2
Zölle und Verbrauchsteuern . . .	"	"	"	398,4	482,8	401,1	419,6	392,5	405,6	415,8	452,4	437,3	433,9	546,5	446,6
Spareinlagen															
Insgesamt . . .	DBR	Mill. DM	S	4065,5	4069,9	4075,9	4064,2	4090,9	4133,0	4200,6	4285,3	4374,5	4452,6	4553,7	4659,7
dar. Kreditbanken . . .	"	"	"	477,6	485,9	490,8	492,5	499,3	506,8	517,0	526,9	535,4	548,1	561,7	581,3
Sparkassen . . .	"	"	"	2731,4	2725,9	2727,4	2716,8	2780,3	2808,6	2850,5	2905,0	2963,9	3010,2	3077,0	3136,2
Kreditgenossenschaften . . .	"	"	"	651,7	654,4	654,0	651,3	651,3	654,5	662,6	673,8	683,6	701,2	717,4	739,2
Postsparkassenämter . . .	"	"	"	134,1	133,4	133,4	133,5	136,1	139,2	146,2	155,4	162,0	168,4	172,5	177,2
Saldo der Ein- u. Auszahlungen . .	"	"	"	+ 7,2	- 20,3	- 3,0	- 15,9	+ 21,4	+ 37,6	+ 50,3	+ 73,3	+ 78,6	+ 71,1	+ 94,9	+ 84,9
Emissionen															
Aktien . . .	DBR	Mill. DM	S	9,7	11,0	7,0	3,3	9,4	5,3	82,0	26,3	8,2	4,6	4,3	6,4
Langfr. Schuldverschreibungen ⁷⁾ .	"	"	"	10,0	99,3	31,8	47,1	31,1	25,5	123,9	52,5	81,0	78,4	42,6	86,4
Boden- und Kommunal- Kreditinstitute															
Umlauf an Schuldverschreibg. dar. . .	DBR	Mill. DM	E	570,8	598,1	629,8	662,6	748,0	767,2	791,1	857,4	908,3	972,1	1050,8	1098,4
Hypotheken-Pfandbriefe . . .	"	"	"	400,3	421,6	432,3	449,0	517,3	527,5	540,6	586,8	625,0	684,8	755,7	790,6
Kommunalobligationen . . .	"	"	"	135,8	139,2	156,1	171,5	182,4	190,7	198,7	207,4	218,6	221,6	228,3	240,9
Darlehnsbestand, insgesamt . . .	"	"	"	2484,0	2618,7	2743,5	2880,0	2950,8	3054,4	3199,0	3515,3	3714,0	3867,2	4054,7	4291,1
Deckungsdarlehen . . .	"	"	"	1282,2	1302,6	1371,2	1425,6	1475,2	1514,5	1592,8	1650,0	1741,8	1795,1	1859,7	1977,3
Darlehen aus öfftl. Mitteln . . .	"	"	"	1093,5	1145,5	1182,0	1253,2	1242,2	1301,1	1358,1	1458,3	1534,9	1618,0	1722,3	1815,4
Sonstige Darlehen . . .	"	"	"	158,3	170,6	190,2	201,2	232,7	238,8	248,1	406,8	437,2	454,0	472,7	498,5
Kreditrisiko															
Wechselproteste bei Kredit- instituten und Postanstalten ⁷⁾ .	DBR	Anzahl	S	24295	24152	22953	29430	30258	35430	29864	28181	25405	23659	24170	21403
Vergleichsverfahren . . .	"	1000 DM	"	16699	15831	14254	21270	18926	22070	18189	17023	15327	14679	14535	12150
Konkurse . . .	"	Anzahl	"	94	104	123	133	148	152	215	157	164	115	98	94
Aktienkursniveau															
Kursdurchschnitt für Grundstoffindustrien . . .	DBR		E	61,32	67,46	71,54	71,18	69,32	77,46	80,20	91,88	96,98	118,21	122,09	141,81
Eisen- und Metallbearbeitung . . .	"		"	70,61	76,09	77,90	79,31	78,61	81,86	82,34	82,75	85,30	95,73	103,34	109,76
Sonstige verarbeit. Industrien . .	"		"	83,51	91,28	93,19	93,61	92,67	93,99	94,87	95,12	96,40	104,32	111,01	113,41
Handel und Verkehr . . .	"		"	56,08	57,69	61,13	61,39	64,16	68,23	68,00	72,09	75,78	85,05	90,36	94,66
Industrie, Handel u. Verkehr zus. .	"		"	67,25	72,71	75,72	75,98	75,62	80,31	81,54	86,77	90,16	103,54	109,07	118,72
Kurse der 4% Wertpapiere⁸⁾															
Kursniveau, insgesamt . . .	DBR	vH	E	74,63	73,23	72,77	71,45	71,73	71,58	70,01	70,01	70,22	70,21	75,04	77,30
Pfandbriefe der Hyp.-Banken . . .	"	"	"	75,81	74,19	73,60	71,76	70,96	70,51	68,38	68,65	68,74	68,74	75,82	77,03
Kommunalobligationen der öfvl. rechtl. Kreditanst. . .	"	"	"	81,25	80,83	80,42	79,38	79,17	79,17	76,46	75,83	75,83	75,83	75,83	76,42
Industrieobligationen . . .	"	"	"	67,95	66,22	66,73	66,47	70,06	70,64	71,25	70,72	71,54	71,40	73,95	80,66
Index der Grundstoffpreise															
Insgesamt . . .	VWG	1938 = 100	D	229	240	245	251	250	245	245	247	251	251	255	261
Industriestoffe . . .	"	1949 = 100	"	120	126	128	131	131	128	128	129	131	131	137	137
Nahrungsmittel . . .	"	1938 = 100	"	265	279	286	293	289	281	278	280	278	280	292	294
" . . .	"	1949 = 100	"	180	187	140	144	142	138	136	137	136	137	143	144
" . . .	"	1938 = 100	"	176	182	184	187	192	191	196	201	207	210	217	214
" . . .	"	1949 = 100	"	102	106	107	109	112	111	114	117	120	122	126	124
Index der Erzeugerpreise															
Industrielle Produkte, insg. davon Grundstoffe . . .	VWG	1938 = 100	D	195	205	212	218	222	223	222	221	222	221	224	228
Investitionsgüter . . .	"	"	"	216	229	238	244	249	248	247	245	247	244	246	253
Verbrauchsgüter . . .	"	"	"	172	177	181	183	185	189	190	190	192	194	196	197
" . . .	"	"	"	178	186	193	201	205	205	205	203	203	205	208	210

*) DBR = Bundesrepublik Deutschland, VWG = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (DBR ohne französische Besatzungszone).

†) S = Monatssumme, E = Monatsende, D = Monatsdurchschnitt. — Kursive Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. — *) Berichtete Zahl.

1) Unter Kontrolle der Hohen Kommission. — 2) Einschl. der in Berlin ausgegebenen B-Noten und Scheidemünzen. — 3) Ohne Spareinlagen und ohne Kassenbestände der Banken; jedoch einschl. Bardepots und Einlagen bei Teilzahlungsinstituten. — 4) Ohne Spareinlagen; jedoch einschl. Teilzahlungsinstituten. — 5) Einschl. Notopfer Berlin. — 6) Einschließlich verzinsliche Schatzanweisungen. — 7) Mit geringfügigen Ausnahmen ohne Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. — 8) Kurse sind in vH des im Verhältnis 10:1 von RM auf DM umgestellten Nennwertes festgesetzt. — 9) Ab Okt. 1951 erweiterter Kreis.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bonn. — Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistische Landesämter. — Bank Deutscher Länder, Frankfurt a. M.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1950	1951												1952		
			Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Anzahl der Werktage:			24	26	24	25	25	23,5	26	26	27	25	27	24,5	24	26	25	
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit																		
Beschäftigte 1)	DBR	1000	E	14163	.	.	14246	.	.	14721	.	.	14885	.	.	14582	.	.
"	W-B	"	"	738	733	740	745	743	747	750	756	765	767	771	770	757	754	755
"	O-B	"	"	534	534	536	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter weibliche	DBR	vH	"	30,8	.	.	30,8	.	.	30,6	.	.	30,6	.	.	31,1	.	.
"	W-B	"	"	41,4	41,7	41,7	41,8	41,9	41,9	41,7	41,9	41,8	41,9	41,8	41,9	41,8	42,1	42,5
"	O-B	"	"	44,1	44,1	44,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern	DBR	1000	"	1690	1821	1662	1567	1446	1387	1326	1292	1259	1235	1214	1307	1654	1825	1893
"	W-B	"	"	286	292	286	284	290	287	286	292	285	268	263	264	277	281	280
"	O-B	"	"	28	29	28	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern 2)	DBR	vH	"	10,7	.	.	9,9	.	.	8,3	.	.	7,7	.	.	10,2	.	.
"	W-B	"	"	28,0	28,5	27,9	27,6	28,1	27,7	27,6	27,9	27,1	25,9	25,4	25,6	26,8	27,2	27,1
"	O-B	"	"	4,9	5,1	4,9	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Unterstützte Arbeitslose 3)	DBR	1000	"	1295	1542	1449	1346	1213	1166	1110	1070	1040	1020	1002	1057	1313	1519	1641
"	W-B	"	"	180	185	183	180	185	185	184	185	179	178	179	180	194	195	194
Arbeitsunfähige Kranke 4)	DBR	"	"	512	584	573	472	448	443	459	467	488	490	491	455	454	576	.
Offene Stellen b. d. Arb.-Ämtern	"	"	"	72	104	132	145	135	127	126	125	123	124	106	82	66	88	108
"	W-B	"	"	1,7	2,5	3,0	2,1	2,2	2,2	1,8	1,9	1,8	2,0	1,8	1,5	1,1	1,7	2,0
Beschäftigung d. Industrie 5)																		
Beschäftigte, gesamte Industrie	DBR	1000	E	5058,0	5151,9	5199,3	5242,0	5317,5	5344,8	5353,3	5367,0	5397,9	5406,8	5427,5	5423,0	5353,7	5327,5	.
dar.: Bergbau	"	"	"	603,7	607,2	609,7	614,0	625,0	628,1	629,9	630,3	632,9	632,3	632,0	632,3	632,3	633,5	.
Steine und Erden	"	"	"	187,2	184,8	194,1	204,1	220,3	228,6	230,8	231,4	231,7	229,8	224,5	218,4	203,4	191,8	.
Eisen und Stahl	"	"	"	229,9	175,4	176,2	176,7	179,9	181,6	182,4	183,9	185,4	184,6	185,9	186,1	186,1	186,1	.
NE-Metalle	"	"	"	58,5	60,5	61,5	62,2	63,2	63,7	64,0	64,8	65,3	64,3	63,6	63,4	63,1	63,8	.
Stahlbau	"	"	"	122,4	118,4	117,6	118,1	120,1	120,8	121,1	122,8	124,6	126,1	126,0	125,5	124,1	122,6	.
Maschinenbau	"	"	"	479,2	487,1	493,5	500,1	513,1	518,4	523,9	528,9	534,6	537,0	539,5	541,7	541,0	543,4	.
Fahrzeugbau	"	"	"	206,1	204,0	206,6	211,0	212,9	215,4	213,6	211,6	210,3	209,3	207,5	207,1	206,1	207,7	.
Schiffbau	"	"	"	46,7	47,6	47,9	48,3	50,7	51,8	52,4	52,9	53,0	51,9	52,0	53,0	52,9	53,2	.
Elektrotechnik	"	"	"	277,7	290,8	293,5	296,2	300,3	302,1	305,4	309,6	313,6	313,5	312,5	310,1	304,7	303,2	.
Feinmechanik und Optik	"	"	"	84,6	87,7	89,3	90,2	92,2	93,0	93,6	94,3	95,5	96,6	97,3	97,6	97,6	98,2	.
Eisen-, Blech- u. Metall- waren	"	"	"	.	258,2	261,5	260,0	263,3	264,2	262,8	265,2	264,7	262,7	262,3	261,8	262,0	260,7	.
Chemie	"	"	"	292,4	294,4	298,0	301,8	304,3	305,7	307,0	308,8	311,6	311,6	311,6	311,3	309,8	309,2	.
Holzverarbeitung	"	"	"	180,4	180,9	182,5	183,8	185,5	185,5	184,9	184,4	185,2	185,0	186,8	186,9	182,9	180,5	.
Textil	"	"	"	560,7	581,7	585,8	588,9	592,3	591,1	587,3	584,3	581,9	580,4	582,5	584,0	577,6	573,7	.
Bekleidung	"	"	"	221,2	232,3	236,5	238,9	240,6	234,7	230,4	227,0	226,5	227,7	232,2	233,8	229,6	227,9	.
Nahrungsmittel	"	"	"	219,3	219,6	217,4	210,8	209,6	215,9	219,6	225,4	232,2	239,3	250,8	245,1	224,2	214,8	.
Genußmittel	"	"	"	129,0	130,9	130,3	129,4	128,3	128,2	127,4	128,2	129,8	130,6	132,2	133,4	133,9	133,5	.
Beschäftigte, gesamte Industrie	"	1949 = 100	"	114,6	114,7	115,8	116,8	118,5	119,1	119,3	119,6	120,3	120,5	121,0	120,9	119,4	118,8	.
" Produktionsgüterind.	"	"	"	112,2	112,5	113,8	119,2	121,6	122,7	123,3	123,8	124,5	124,4	124,2	124,0	123,0	122,8	.
" Verbrauchsgüterind.	"	"	"	119,0	118,7	119,3	112,1	112,4	112,1	111,6	111,5	112,1	112,9	114,5	114,6	112,0	110,6	.
Darunter Arbeiter 6)																		
Gesamte Industrie	DBR	1000	E	4285,4	4359,7	4402,5	4437,8	4501,2	4524,0	4529,3	4539,8	4563,9	4570,5	4587,9	4580,0	4510,1	4480,2	.
"	"	1949 = 100	"	114,8	114,8	115,9	116,8	118,5	119,1	119,2	119,5	120,1	120,3	120,8	120,6	118,8	118,0	.
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	112,2	112,3	113,6	119,2	121,7	122,9	123,5	123,9	124,6	124,4	124,1	123,7	122,5	122,1	.
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	119,8	119,5	120,2	112,6	112,8	112,3	111,6	111,5	112,1	112,9	114,8	114,9	111,9	110,4	.
Geleistete Arbeiterstunden																		
Gesamte Industrie	DBR	Mill.	S	816,7	843,7	797,8	844,9	855,6	840,4	859,2	842,0	859,9	832,8	913,1	898,9	829,1	867,5	.
"	"	1949 = 100	"	119,4	121,3	114,7	121,5	123,0	120,8	123,5	121,0	123,6	119,7	131,2	129,2	119,3	124,7	.
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	116,9	119,5	112,7	124,7	127,4	126,3	130,5	129,0	130,1	124,3	135,0	132,1	123,7	130,5	.
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	124,2	124,6	118,4	115,7	115,1	110,8	110,8	106,4	111,6	111,2	124,2	123,7	110,6	110,1	.
Tägliche Arbeitszeit 7)																		
Gesamte Industrie	DBR	Std.	TD	7,94	7,44	7,55	7,62	7,60	7,91	7,30	7,13	6,98	7,29	7,37	8,01	7,66	7,45	.
"	"	1949 = 100	"	110,6	103,8	105,3	106,2	105,9	110,2	101,7	99,3	97,2	101,5	102,6	111,5	106,6	103,7	.
Produktionsgüterindustrien	"	Std.	"	7,96	7,51	7,79	7,67	7,68	8,02	7,45	7,34	7,10	7,33	7,40	8,00	7,72	7,55	.
"	"	1949 = 100	"	110,7	104,5	108,4	108,7	106,8	111,5	103,6	102,1	98,8	102,0	103,0	111,3	107,4	105,0	.
Verbrauchsgüterindustrien	"	Std.	"	7,91	7,33	7,51	7,52	7,46	7,68	6,98	6,71	6,74	7,20	7,32	8,03	7,53	7,24	.
"	"	1949 = 100	"	110,2	102,2	104,7	104,8	104,0	107,1	97,3	93,5	93,9	100,3	102,0	111,9	104,9	100,9	.
Industr.Arbeitsproduktivität 8)																		
je Beschäftigten	DBR	1949 = 100	D	126,1	123,4	129,1	130,7	132,5	133,1	131,0	125,9	122,7	129,1	131,7	139,5	129,0	130,0	.
Gesamte Industrie	"	"	"	130,9	128,0	134,1	131,1	132,8	133,0	131,9	126,9	121,9	128,4	131,6	139,2	129,3	129,3	.
Produktionsgüterindustrie	"	"	"	115,5	113,8	118,3	128,1	130,1	131,1	125,7	120,6	122,8	126,9	129,4	138,5	126,1	129,8	.
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	"	115,5	113,8	118,3	128,1	130,1	131,1	125,7	120,6	122,8	126,9	129,4	138,5	126,1	129,8	.
je Arbeiterstunde	DBR	1949 = 100	D	113,8	118,8	122,3	122,6	124,5	120,4	128,4	126,5	126,1	127,1	128,3	125,3	121,6	125,7	.
Gesamte Industrie	"	"	"	118,3	122,9	127,5	122,9	124,3	119,1	127,0	124,1	123,4	125,8	128,0	125,3	120,8	123,9	.
Produktionsgüterindustrie	"	"	"	104,2	110,0	111,3	120,8	123,5	121,6	129,0	129,4	130,9	128,4	126,8	123,4	121,4	128,5	.
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	"	104,2	110,0	111,3	120,8	123,5	121,6	129,0	129,4	130,9	128,4	126,8	123,4	121,4	128,5	.
Stundenverdienste d. Arbeiter																		
Lohnempfänger insgesamt	DBR 9)	Pf	D	133,9	.	.	138,3	.	.	148,0	.	.	148,8	.	.	.	.	.
"	"	1949 = 100	"	112,7	114,0	115,2	116,4	119,5	122,7	125,8	126,0	126,2	126,4	.	.	.	.	.
männliche Arbeiter	"	Pf	"	146,9	.	.	152,1	.	.	161,5	.	.	162,9	.	.	.	.	.
"	"	1949 = 100	"	113,7														